

(AU-)Schein-Debatte

Statt weitere Reformschritte zur Stabilisierung unserer Sozialversicherungssysteme anzustoßen, beschäftigt sich die Politik seit Jahresbeginn mit einem aus ihrer Sicht zu hohen Krankenstand in Deutschland und der Abschaffung des Rechts auf Teilzeit. Überspitzt gesagt, stehen im Fokus die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit unterstellter geringer Arbeitsmoral, die sich auf Kosten der Wirtschaft und des Allgemeinwesens ein bequemes Leben machen und dazu das Gesundheitssystem und vor allem die telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) missbräuchlich nutzen.



*Dr. Sven Dreyer,
Präsident der
Ärztekammer
Nordrhein*

Foto: Jochen Rolfes

Sicherlich ist es richtig, dass sich Politik und Wirtschaft mit Krankenständen beschäftigen, um Lehren zu ziehen. Es ist auch richtig, wie im Koalitionsvertrag bereits angedeutet, den Missbrauch von gekauften Krankschreibungen über private Online-Plattformen (häufig aus dem Ausland agierend und ohne persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt) zu unterbinden. Das hat aber erst einmal nichts mit der durchaus sinnvollen Telefon-AU durch Hausärztinnen und Hausärzten bei Infekterkrankungen ihrer eigenen Patienten zu tun.

An der aktuellen Debatte stört mich vor allem, dass sie durch Pauschalisierungen eine Kluft zwischen Politik und Wirtschaft auf der einen und der arbeitenden Bevölkerung auf der anderen Seite aufmacht, die am Ende wenig dazu beiträgt, gesündere und motiviertere Belegschaften zu erhalten.

Ein Blick auf die Statistik verdeutlicht, was ich meine. Laut Auswertungen des Zentralinstituts der Kassenärztlichen Versorgung (Zi) liegt der Anteil der Telefon-AU gerade einmal bei 0,8 bis 1,2 Prozent aller Krankschreibungen. Der Anteil der AU per Videosprechstunde ist noch geringer.

Es ist zwar richtig, dass die AU-Fälle zwischen 2021 und 2023 drastisch gestiegen sind, die Gründe dafür liegen laut Zi-Analyse aber einerseits in hinzugekommenen Corona-Infekten und andererseits in der besseren Dokumentation durch die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Ob die Telefon-AU aufgrund ihres geringen Anteils an allen Krankschreibungen einen relevanten Einfluss auf den Krankenstand in Deutschland hat, wagen Experten daher zu bezweifeln.

Neben einem Anstieg bei den Atemwegserkrankungen nehmen laut AOK insbesondere die Ausfälle wegen psychischer Erkrankungen signifikant zu. So ist in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Fehltage wegen psychischer Probleme um etwa 43 Prozent gestiegen. Die AOK-Statistik zeigt auch, dass diese Erkrankungen sich durch besonders lange Ausfallzeiten auszeichnen. Wer also an der Länge der Fehlzeiten etwas ändern möchte, müsste auch auf diese Statistik schauen. Diese zeichnet ein Bild einer wenig resilienten Gesellschaft, die beispielsweise mit den Auswirkungen von Pandemie, Krieg in Europa, Arbeitsverdichtung und fehlendem gesellschaftlichen Zusammenhalt ringt.

Was wir vor diesem Hintergrund und den anstehenden Landtagswahlen nicht brauchen, ist eine weitere Verunsicherung der Bevölkerung durch im Wochentakt neu präsentierte, aber leider unabgestimmte Ideen zur Konsolidierung unserer Sozialkassen. Vielmehr brauchen wir mutige Reformen, die die tatsächlichen Problemfelder in unserem Gesundheitswesen adressieren, beispielhaft nenne ich hier die überfällige Notfallreform.

Wenn sich die Politiker überdies berechtigterweise mit Statistiken zu Krankenständen und Arbeitsproduktivität befassen, dann sollten sie zuvorderst die Gründe ermitteln, die Menschen anfällig für Ängstlichkeit, psychische Belastungen und Absentismus machen und präventiv ansetzen. Mehr Investitionen in Bildung und Gesundheitsförderung sowie gesunderhaltende Arbeitsbedingungen würden mir da eher einfallen, als die Rücknahme der Telefon-AU oder das Recht auf Teilzeit.